

OA-Update / 12, 24. September 2021

Osteuropa



Anfang September besuchte der ukrainische Präsident Selenski die Vereinigten Staaten und traf zu einem Gespräch mit US-Präsident Biden zusammen. Auch bei diesem Austausch stand das Thema Energie im Zentrum. Die Frage, welche Rolle erneuerbare Energien und Kernkraft im künftigen Energiemix der Ukraine spielen, war auch zentrales Thema

während des Besuchs von Energie-Staatssekretär Andreas Feicht in Kiew am 14. und 15. September. Darüber hinaus sorgten Fragen der Besteuerung grüner Energien, das „Oligarchengesetz“ und die Frage der Umsetzung der Kooperation mit dem Internationalen Währungsfonds für Diskussionen. Belarus und Russland nähern sich wirtschaftlich weiter an, während in der EU eine Verschärfung der Sanktionen gegen Belarus diskutiert wird. Die Länder im Südlichen Kaukasus sowie Moldau erholen sich von den wirtschaftlichen Rückschlägen im Rahmen der Corona-Krise – die Touristenzahlen steigen wieder und neue Projekte starten. Alle Länder wollen möglichst neue, corona-bedingte Lockdowns vermeiden, wenngleich sich die Infektionsdynamik unterschiedlich gestaltet.

Hier alle Themen in der Übersicht:

- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Projekte**
- **Veranstaltungsnachlese**
- **Termine**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

Ukraine

Anfang September traf der ukrainische Präsident Selenski zu politischen Gesprächen mit US-Präsident Biden in Washington zusammen. Im Abschlussdokument unterstrichen beide Seiten die gemeinsame Partnerschaft und Kooperation in strategischen Bereichen. Diese sollen im Laufe des Herbstes auf Ministerebene genauer definiert und veröffentlicht werden. Eine gemeinsame Pressekonferenz nach dem Treffen hat nicht stattgefunden.

Im Zuge des Besuchs unterzeichnete der staatliche **ukrainische Konzern Energoatom eine Vereinbarung mit dem US-amerikanischen Unternehmen Westinghouse über die Lieferung von Kernkraftwerken (AP1000-Reaktoren)**. Nach Angaben von Energoatom sieht die Vereinbarung die Beteiligung von Westinghouse am Bau des Blocks 4 im Kernkraftwerk Chmelnyk und vier weiterer Blöcke in anderen Kraftwerken vor. Das Unternehmen schätzt den **Gesamtwert des Projekts auf 30 Milliarden Dollar**. Die **bestehenden ukrainischen fünfzehn Kernkraftwerksblöcke** von Energoatom weisen ein **Durchschnittsalter von 33 Jahren** auf und **müssen in den nächsten zehn Jahren abgeschaltet und / oder ersetzt werden**. Mit den bestehenden Kraftwerksblöcken kann bisher nur ein Grundlastbetrieb angeboten werden. Dies würde sich mit der neuen Technik ändern und notwendige Flexibilität in den Strommarkt bringen. **Offen ist bisher die Frage nach der Finanzierung der Projekte**.

Mit Blick auf die Entwicklung des Energiemarktes in der Ukraine gab es gute Nachrichten für die Branche der erneuerbaren Energien. **Am 20. September 2021 lehnte das ukrainische Parlament eine Gesetzesvorlage ab, die eine Abgabe in Höhe von 3,2 Prozent auf grün erzeugten Strom vorgesehen hätte**. Vor dem Hintergrund noch immer ausstehender Zahlungen des Guaranteed Buyers für Solar- und Windprojekte werden die **Aussichten damit stabilisiert**. In der Ukraine wird in diesem Zusammenhang auch darüber diskutiert, mit welchen Förderschemen ab 2023 Projekte in diesem Bereich unterstützt werden.

Wichtig ist diese Parlamentsentscheidung auch für die angestrebte Rolle der **Ukraine als Lieferant von dekarbonisiertem / grünem Wasserstoff** für Deutschland und Westeuropa. Im Rahmen einer **Reise von Wirtschaftsstaatssekretär Andreas Feicht nach Kiew** (14.-15. September) wurden die Möglichkeiten für eine engere Zusammenarbeit diskutiert. Deutschland engagiert sich in der Ukraine im Bereich der Energieeffizienz sowie im Bereich der Kohletransformation. Hinzu werden Instrumente aus dem noch zu strukturierenden „Grünen Fonds“ für die Ukraine kommen, auf den sich Deutschland und die USA im Zuge der Nord-Stream 2 Einigung verständigt haben.

Im Laufe des Septembers führt der ukrainische Gasnetzbetreiber Inspektionen der wichtigsten Gaspipelines im Land durch. Wie der Gas-TSO mitteilte, wurden seit Anfang des Jahres bereits über 950 Kilometer der Hauptgasleitungen begutachtet.

Weiterhin **umstritten ist die Vorlage des neuen „Oligarchengesetzes“**, mit dem die Regierung die politische Tätigkeit von ukrainischen Oligarchen begrenzen möchte.

Gemäß des Gesetzentwurfs Nr. 5599 **kann der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat eine Person als Oligarch definieren, die dann keine politischen Parteien finanzieren, sich nicht an großen Privatisierungen beteiligen darf und die jährliche elektronische Erklärungen abgeben müsste, wie dies aktuell nur für Staatsbeamte gilt.** Die Menschenrechtsbeauftragte der Werchowna Rada Liudmyla Denisowa erklärte, dass der derzeitige Gesetzentwurf gegen die Verfassung der Ukraine verstoße und empfiehlt, den Gesetzentwurf der [Venedig-Kommission](#) des Europäischen Rates zur Prüfung vorzulegen. Sie erklärte, dass der aktuelle Gesetzentwurf dem Präsidenten und dem Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrat Befugnisse einräume, die über den in der Verfassung festgelegten Rahmen hinausgingen.

Der ukrainische Premierminister Denys Shmyhal erwartet, **dass die Ukraine die nächste Tranche aus dem aktuellen Stand-by-Programm mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) Ende November oder Anfang Dezember 2021 in Höhe von etwa 715 Millionen Dollar erhalten wird.** Für Ende September wird die entsprechende Prüfmision des IWF in Kiew erwartet. Gemeinsam mit den Zahlungen aus dem EU-Covid19-Hilfsprogramm könnte die Ukraine damit einen großen Teil des verbleibenden Haushaltsdefizits für 2021 ausgleichen. **Beobachter teilen den Optimismus des Premiers nur bedingt und schließen ein Scheitern der IWF Mission nicht aus.**

Die **Interministerielle Kommission für Außenhandel der Ukraine** hat am 14. September 2021 weitere sogenannte „**Safeguard Measures**“ erlassen. Betroffen sind **isolierte Drähte, Kabel und andere isolierte elektrische Leiter ohne Steckverbinder sowie Glasfaserkabel**, die aus Fasern mit einzelnen Umhüllungen bestehen. Es geht konkret um Produkte mit den **ukrainischen Zoll-Codes** 8544 49 20 00, 8544 49 91 00, 8544 60 10 10, 8544 60 10 98, 8544 60 90 10, 8544 60 90 90, 8544 70 00 10, 8544 70 00 90.

Somit gelten ab 30 Tage nach Veröffentlichung Schutzmaßnahmen für einen Zeitraum von drei Jahren durch Anwendung eines besonderen Zolls wie folgt:

- ab dem Zeitpunkt der Einführung der Schutzmaßnahmen gilt ein zusätzlicher Zollsatz von 23,5 Prozent
- nach zwölf Monaten ab dem Zeitpunkt der Einführung der besonderen Maßnahmen ein Satz von 22,3 Prozent und
- nach 24 Monaten ab dem Zeitpunkt der Einführung der besonderen Maßnahmen ein Satz in Höhe von 21,2 Prozent.

Belarus

Der **belarussische** Machthaber Alexander Lukaschenko setzt den **Kurs einer Annäherung an Russland weiter fort.** Am 9. September 2021 besuchte dieser abermals den russischen Präsidenten Wladimir Putin. In den vergangenen Monaten führten beide Länder **vertiefte Gespräche über den Ausbau der politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Kooperation.** Unter anderem wolle man künftig eine „**einheitliche makroökonomische Politik**“ verfolgen. Diese baut auf 28 gemeinsam erarbeiteten Wirtschaftsprogrammen auf und gründet auf der gemeinsamen Vereinbarung über einen sogenannten Unionsstaat von 1999.

Unter anderem wurde die Etablierung eines gemeinsamen Gasmarktes zum 1. Dezember 2022 vereinbart. Die übrigen Mitgliedsländer der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) streben ebenfalls an, einen gemeinsamen Gasmarkt zu etablieren, der voraussichtlich zum selben Datum realisiert werden soll.

Weiterhin kommen täglich Migranten vorrangig aus dem Irak in Belarus an und machen sich auf dem Weg an die Grenzen zu den EU-Mitgliedern Polen, Litauen und Lettland. Diese reagieren mit zunehmend schärferen Maßnahmen. Experten und Beobachter sehen in der Förderung dieser Migrationsbewegung eine Reaktion des belarussischen Apparates auf die westliche Sanktionspolitik. Alexander Lukaschenko hatte eine entsprechende Reaktion angekündigt. **Im Zuge dessen laufen in Brüssel und den Hauptstädten der EU Diskussionen über den weiteren Ausbau der EU-Sanktionen gegen Belarus.**

Belarus geht für das Jahr 2022 von einem Haushaltsdefizit in Höhe von knapp drei Milliarden Belarussischen Rubel (rund ein Milliarde Euro) aus, was nach Angaben des Finanzministeriums einem **Anteil von 1,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes** entspricht. Geplant ist unter anderem die Erhöhung der Gehälter im öffentlichen Dienst um zwölf bis 13 Prozent und die Aufstockung des Etats des Gesundheitsministeriums um 4,5 Prozent.

Moldau

Der Wirtschaftsminister der Republik Moldau Sergiu Gaibu hat angekündigt, dass man im Land auf einen erneuten Lockdown möglichst verzichten wolle, selbst wenn die Ansteckungsraten und die Belegung von Intensivbetten wieder zunehmen würden. Um dies zu verhindern müsste Moldau, so sich die Lage verschärfe, dem Vorbild andere Staaten folgen und zum Beispiel die 3G-Regel für besonders betroffene Landesteile einführen. Gaibu betonte, dass der beste Schutz eine Impfung sei. **Die Impfrate liegt in Moldau nach Angaben des Ministeriums bei aktuell etwa 35 Prozent.**

Das moldauische Verfassungsgericht hat die Steuer- und Abgabenautonomie lokaler Verwaltungseinheiten gestärkt. Im Dezember 2020 hatte das Parlament Höchstquoten für lokale Steuern festgelegt. Diese Regelung wurde für verfassungswidrig erklärt und gleichzeitig der Ermessensspielraum der lokalen Verwaltung bei der Festlegung der Steuerhöhe wieder erhöht. Die Regelung betrifft ausschließlich lokal erhebbare Steuern und Abgaben.

Das Nationale Amt für Statistik der Republik Moldau gab bekannt, dass im **zweiten Quartal dieses Jahres der durchschnittliche Monatsverdienst um 15,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gestiegen ist** und sich auf 9.044,5 Lei (umgerechnet 430 Euro) belief. Laut Statistik wurden die höchsten Werte des durchschnittlichen Monatsverdienstes im April-Juni in der Informations- und Kommunikationsbranche (21 753,9 Lei/1030 Euro), in der Finanz- und Versicherungsbranche (16 698,6 Lei/800 Euro) und in der Produktion und Versorgung mit Strom und Wärme, Gas, Warmwasser und Klimaanlage (14 251,8 Lei/680 Euro) verzeichnet. **Gleichzeitig zeigen die Daten einen Anstieg der durchschnittlichen Anzahl der Beschäftigten um 8,3 Prozent im Vergleich zum zweiten Quartal 2020.**

Südkaucasus

Armenien und Russland haben am 20. September ein **vertieftes Kooperationsabkommen** unterzeichnet. Der armenische Wirtschaftsminister Vahan Kerobyan erklärte, dass mit dem **Rahmenabkommen** zwischen dem armenischen Wirtschaftsministerium, der Russischen Staatlichen Entwicklungsgesellschaft und der Entwicklungs- und Investitionsgesellschaft Armeniens insbesondere **Kooperationen zur Finanzierung von Entwicklungsprogrammen vorangetrieben werden sollen. Insbesondere Stadtentwicklungsprogramme und Kooperationen zur Digitalisierung / IT-Wirtschaft stehen im Zentrum der Vereinbarung.**

Die **armenische Nationalbank** reagiert auf realwirtschaftliche Entwicklungen und passt Zinssätze an. Auf der Vorstandssitzung vom 14. September beschloss der Vorstand der Zentralbank, den **Refinanzierungssatz um 0,25 Prozentpunkte auf 7,25 Prozent anzuheben.**

Die **Rating-Agentur Moody's Investors Service (Moody's)** stuft **Armenien Anfang September im langfristigen Emittentenrating auf Ba3 in Landes- und Fremdwährung ein.** Der **Ausblick wird mit stabil** bewertet. Finanzminister Tigran Khachatryan bewertet diese Einstufung als Nachweis der „Widerstandsfähigkeit der armenischen Wirtschaft“ im aktuellen politischen und wirtschaftlichen Umfeld. Insbesondere die stabilen Aussichten sendeten ein positives Signal an Wirtschaftspartner und Investoren. **Die Staatsverschuldung sei laut Khachatryan im Verhältnis zum BIP im Jahr 2020 auf 63,5 Prozent gestiegen. Ziel der Regierung sei jedoch die Verringerung dieser Kennzahl auf 60 Prozent in den nächsten fünf Jahren.**

Aserbaidschan hat das Ziel, **bis zum Jahr 2030 den Anteil erneuerbarer Energien an der gesamten installierten Stromkapazität auf 30 Prozent zu erhöhen.** Energieminister Parviz Shahbazov äußerte sich im Rahmen der Konferenz Gastech 2021 in Dubai zu dem Thema. Eine „saubere Umwelt“ und die Entwicklung zu einem Land mit „grünem Wachstum“ zähle zu den fünf nationalen Prioritäten für die sozioökonomische Entwicklung des Landes bis zum Jahr 2030. **Unter anderem soll die Produktion von Solar- und Windstrom stark gefördert und ein Auktionssystem für erneuerbare Energien eingeführt werden.**

Der Vorstand der Zentralbank von Aserbaidschan beschloss am 17. September eine Anhebung des Diskontsatzes um 0,25 Prozentpunkte - von 6,2 auf 6,5 Prozent. Die Obergrenze des Zinskorridors wurde ebenfalls um 0,25 Prozentpunkte - von 6,7 auf sieben Prozent - und die Untergrenze - von 5,7 auf sechs Prozent - angehoben.

Aserbaidschan hat eine staatliche Norm für den Straßenbau verabschiedet. Die Norm (AZS EN 13282-2: 2021) wurde zur Verbesserung der Qualität der im Land hergestellten Baumaterialien und zur Gewährleistung der Sicherheit im Bauwesen vom Aserbaidschanischen Institut für Normung des Staatlichen Dienstes für Antimonopolkontrolle und Überwachung des Verbrauchermarktes verabschiedet. **Sie enthält internationale Anforderungen an Fundamente, Schutzschichten, hydraulische Straßenklebstoffe, Aushärtung unter normalen Bedingungen auf Autobahnen und Schienenwegen, auf Flughäfen und anderen Infrastruktureinrichtungen.**

In Georgien zieht sich das türkische Unternehmen Enka aus dem geplanten Bau des Wasserkraftwerkes Namakhvani am Rioni-Fluss in Westgeorgien zurück. Das Projekt hat einen Gegenwert von etwa 800 Millionen Dollar. In einer von dem Unternehmen veröffentlichten Erklärung heißt es, der Grund für die Kündigung des Vertrags mit der georgischen Regierung sei die „Verletzung der Vertragsbedingungen und höhere Gewalt“. Seitens des georgischen Wirtschaftsministeriums wird dieser Schritt bedauert. Laut Wirtschaftsministerin Turnava wolle man alles tun, um einen Schaden für den Investitionsstandort Georgien abzuwenden. **Das Projekt wurde von zahlreichen Protesten durch Aktivisten und Einheimische begleitet.** Sie argumentieren, dass das Projekt ohne ausreichende Untersuchungen und gründliche Abwägung der Risiken, einschließlich der unmittelbaren Sicherheitsrisiken aufgrund der aktiven seismischen Aktivität, in Angriff genommen worden sei. Nachverhandlungen der georgischen Regierung mit dem türkischen Partner endeten nun im vorläufigen Abbruch des Projektes. **Die georgische Regierung strebt jedoch an, das Projekt unter „besseren Bedingungen“ weiterzuführen.**

Im Rahmen eines **100-Millionen-Dollar-Kredits** unterstützt die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) die **Weiterentwicklung im Stromübertragungssektor durch die Verbesserung der Betriebsstruktur, der Unternehmensführung und des Finanzmanagements der georgischen Stromübertragungsgesellschaft und ihrer Tochtergesellschaft.**

Am 10. September haben in Georgien die **Arbeiten für den neun Kilometer langen Kvesheti-Kobi-Tunnel begonnen**, teilte das Ministerium für Infrastruktur mit. Insgesamt werden 23 Kilometer einer zweispurigen Asphaltbetonstraße, fünf Brücken und fünf Tunnel auf der Kvesheti-Kobi-Straße geplant. Mit dem Bau einer neuen Straße und des Tunnels soll ein ganzjährig ungehinderter Transitverkehr gewährleistet werden. **Die Bauarbeiten am Abschnitt Kvesheti-Kobi werden von der Asiatischen Entwicklungsbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung finanziert** und kosten 1,2 Milliarden GEL (330 Millionen Euro). Sie sollen bis zum Jahr 2024 abgeschlossen sein.

Konjunktur

Ukraine: Die Haushaltseinnahmen der Ukraine stiegen in den ersten acht Monaten 2021 um 19,5 Prozent auf 823 Milliarden Griwna (rund 26,6 Milliarden Euro) und übertrafen damit den Plan um 6,3 Prozent, wie das ukrainische Finanzministerium brichtet. Die Nettosteuerereinnahmen stiegen im Jahresvergleich um 15,2 Prozent auf 410 Milliarden Griwna (rund 13,1 Milliarden Euro; plus 5,4 Prozent über dem Plan), wobei die Bruttosteuerereinnahmen um 13 Prozent und die Mehrwertsteuererstattung um 4,4 Prozent stiegen. Die Zolleinnahmen stiegen im Jahresvergleich um 37,5 Prozent auf 244 Milliarden Griwna (rund 7,8 Milliarden Euro; plus 3,5 Prozent über dem Plan). **Die Analysten von Concorde Capital gehen davon aus, dass die Haushaltseinnahmen der Ukraine bis zum Ende des Jahres sich weiter positiv entwickeln werden und führen dies auf erfolgreiche Maßnahmen der Regierung zurück, Steuern effektiver zu erheben.**

Armenien: Der armenische **Tourismussektor hat im Vergleich zum Zeitraum Januar-September 2020 ein Wachstum von 30 Prozent verzeichnet**, wie Wirtschaftsminister Vahan Kerobyan mitteilte. In den ersten acht Monaten besuchten 488.000 Touristen das Land, davon allein im August 2021 143.000 Besucher. Man strebt bis Jahresende an, über ein Million Touristen im Land zu begrüßen.

Georgien: Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) erwartet **für das Jahr 2021 ein BIP-Wachstum in Höhe von 8,5 Prozent**, getrieben durch eine Expansion in der Landwirtschaft, der Industrie und im Dienstleistungssektor sowie durch die allmähliche Aufhebung der Beschränkungen, die aufgrund der Coronavirus-Pandemie (Covid-19) auferlegt wurden. Darüber hinaus wird für die georgische Wirtschaft ein weiteres Wachstum von 6,5 Prozent im Jahr 2022 prognostiziert. Das Wachstum des privaten Konsums, ein 15-prozentiger Anstieg der Nettoexporte von Nahrungsmitteln, Getränken und Industriegütern sowie öffentliche Investitionsausgaben in Höhe von acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) treiben das Wirtschaftswachstum. **Begleitet wird die wirtschaftliche Erholung durch eine steigende Inflationsrate (9,5 Prozent im Jahr 2021), die sich für 2022 laut ADB auf etwa vier Prozent verringern wird.**

Aserbaidschan: Von **Januar bis August 2021 betrug das Wachstum in der Nicht-Öl-Industrie 18,7 Prozent** und in der Landwirtschaft fünf Prozent. Im Berichtszeitraum stiegen die Umsätze des Einzelhandels im Vergleich zum gleichen Zeitraum 2020 um 2,7 Prozent und die Umsätze im Dienstleistungsbereich um 4,9 Prozent. Dies teilte die Zentralbank des Landes mit.

Projekte

Germany Trade and Invest (GTAI) veröffentlicht regelmäßig aktualisierte internationale **Ausschreibungen** für Beschaffung und Projekte auf seiner [Website](#).

Veranstaltungsnachlese

Am **30. August 2021** hat auf Initiative des Ost-Ausschusses ein Netzwerktreffen zum Thema **Wasserstoff Ukraine** in Fellbach bei Stuttgart stattgefunden, etwa fünfzehn Ost-Ausschuss Mitglieder aus verschiedenen Bereichen und Branchen tauschten sich über Optionen und Herausforderungen aus, die es bei der Entwicklung einer Partnerschaft zur Produktion von grünem/dekarbonisiertem Wasserstoff in Kooperation mit der Ukraine zu berücksichtigen gilt. Die Positionen werden aktiv in den Austausch mit der deutschen und ukrainischen Regierung eingebracht. In diesem Zusammenhang bedanken wir uns bei unserem Mitgliedsunternehmen Heine+Beisswenger für die Gastfreundschaft.

Am **6. September 2021** hat auf Initiative des Ost-Ausschusses die deutsch-ukrainische Online-Konferenz **The future of Renewable Energies, Hydrogen and Decarbonization in Ukraine - Current developments and future business opportunities** mit knapp 100

Teilnehmern stattgefunden. Neben Entscheidungsträgern aus der Wirtschaft nahmen die Energie-Staatssekretäre Wolodimir Bondarenko (Energieministerium der Ukraine) und Andreas Feicht (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie) sowie Katarina Maternova (Stellv. Generaldirektorin, Generaldirektion für Nachbarschafts- und Erweiterungsverhandlungen der Europäischen Kommission) teil. Am Rande der Konferenz unterzeichneten die Unternehmen Siemens Energy und DTEK eine Kooperationsvereinbarung zur Produktion von grünem Wasserstoff in der Ukraine. Den vollständigen Veranstaltungsbericht lesen Sie hier: [Schub für die deutsch-ukrainische Energiepartnerschaft | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Termine

Die Regionaldirektion arbeitet weiter an Onlineformaten, um Ihnen auch in Corona-Zeiten fortlaufend die Möglichkeit zur Information und Vernetzung zu bieten. Präsenzveranstaltungen planen wir, soweit es die Pandemielage zulässt.

- **29. September: Ukraine-Format im Rahmen der Luft- und Raumfahrttage NRW:** [15.-TdDLRR Einladung.pdf \(aerospace.nrw\)](#)
- **5./6. Oktober: 2. Caspian Europe Forum Berlin (hybrid):** [2. Caspian Europe Forum | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)
- **11. – 14. Oktober: Unternehmerreise „Nachhaltige Wasser- und Abwasserwirtschaft in Aserbaidschan“.** Anmeldungen auf den Seiten der AHK Aserbaidschan: [Unternehmerreise "Nachhaltige Wasser- und Abwasserwirtschaft in Aserbaidschan" \(ahk.de\)](#)
- **Vorankündigung: 18. Oktober 2021: Online-Briefing zum aktuellen Stand der belarussischen IT-Wirtschaft** (digital)
- **Vorankündigung: 16. November 2021: Beginn der Reihe „Digital Armenia“** (digital)

Tipps & Links

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat eine **„Kontaktstelle zur Sicherstellung in den Lieferketten“** eingerichtet. Ziel ist es, dass die Herstellung und Lieferung benötigter Zuliefererprodukte reibungslos funktioniert. Unternehmen können sich bei Problemen im Zusammenhang mit internationalen Lieferketten an die E-Mail-Adresse kontaktstelle-lieferketten@bmwi.bund.de wenden.

Ein **aktuelles Ranking zur Entwicklung der Corona-Lage** in allen Ost-Ausschuss-Ländern mit den Veränderungen der Infektionslage zur Vorwoche und dem prozentualen Anteil der

Infizierten an der Bevölkerung finden Sie [hier](#) auf der Internetseite des Ost-Ausschusses (siehe Tabelle als pdf-Download am Ende der Übersicht).

Unter folgenden Links finden Sie **aktuelle Informationen bezüglich der Corona-Lage in den einzelnen Ländern der Region:**

Armenien: <https://www.gov.am/en/commandant-decisions/>

Aserbaidshon: <https://nk.gov.az/en/category/10/>

Belarus: <http://stopcovid.belta.by/> / <http://covidconomy.by/policy> (jeweils Russisch)

Georgien: <https://stopcov.ge/en>

Ukraine: <https://covid19.gov.ua/en/>

Weiterhin können Sie sich zu den **aktuellen Entwicklungen bezüglich des Corona-Virus** inklusive der geltenden Ein- und Ausreisebestimmungen auf den Webseiten der deutschen Auslandsvertretungen informieren:

- Deutsche Botschaft in Armenien:
<https://eriwan.diplo.de/am-de>
- Deutsche Botschaft in Aserbaidshon
<https://baku.diplo.de/>
- Deutsche Botschaft in Belarus
<https://minsk.diplo.de/by-de>
- Deutsche Botschaft in Georgien
<https://tiflis.diplo.de/ge-de>
- Deutsche Botschaft in der Ukraine
<https://kiew.diplo.de/ua-de>

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen +++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in 29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft!

Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier. Für alle Ihre Fragen wenden Sie sich gerne an: **Cristina Zelenac**, C.Zelenac@oa-ev.de,
Tel.: +49 30 206 167 121.

Weitere **Informationen** zur Arbeit des OA und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#), auf [Facebook](#), [Linkedin](#), [Xing](#) und bei [Twitter](#).

Kontakt

Bei Fragen und Anregungen zu diesem Update und zur Region Osteuropa (Armenien, Aserbaidshan, Belarus, Georgien, Ukraine, Republik Moldau) wenden Sie sich gerne an:



Stefan Kägebein

Regionaldirektor Osteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-113

Mobil: +49 170 796 10 81

E-Mail: s.kaegebein@oa-ev.de



Sarah Guhde

Sekretariat Regionaldirektion Osteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-125

E-Mail: S.Guhde@oa-ev.de

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln!

Presse-Kontakt: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
Andreas Metz
Tel.: +49 (0)30 206167-120
E-Mail: A.Metz@oa-ev.de
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de
Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)